



Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! Nr. 34 vom 14.04.2014

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

manchmal gibt es Nachrichten, die gehen runter wie Öl. Das gilt zweifellos für die Meldung, dass die Bundesregierung den Verkauf deutscher Leopard-Panzer nach Saudi-Arabien wohl nicht genehmigen wird. Wenn das tatsächlich stimmt, ist dies auf jeden Fall ein Beweis dafür, dass unsere Aktionen gegen Rüstungsexporte etwas bewirken. Und auch die Nachricht, dass die Rederei Hapag-Lloyd Waffentransporte in Krisenländer ablehnt, ist enorm motivierend.

Unser Engagement bei den Ostermarschaktionen und die Unterstützung der Aktionen gegen die Rüstungsexporte von Rheinmetall im Mai sind aber weiterhin wichtig. Eine weitere Aktion, bei der man sich für ein Waffenexportverbot und gegen Rüstungsproduktion einsetzen kann, ist beispielsweise auch die Fahrt auf dem Bodensee mit dem Ökumenischen Friedensschiff im Juni, wobei Sie den Anmeldeschluss am 15. April beachten sollten. Am selben Tag wird übrigens das Bundesverfassungsgericht die Klage von Grünen-Politikern über die Informationspolitik der Regierung zu Rüstungsexporten verhandeln, und man darf gespannt sein, was dabei herauskommt. Hoffentlich mehr als beim SPD-CDU-Eckpunktepapier zu Rüstungsexporten, welches Grüne und Linke zu recht kritisieren.

Die erneute Durchsuchung bei Rheinmetall wegen Schmiergeldzahlungen ist ein echter Krimi, wogegen der Krimi von Oliver Bottini zwar fiktiv aber auch informativ ist, da er von Waffenexporten nach Algerien handelt.

Die im Folgenden angerissenen Themen sind nur eine kleine Auswahl der zahlreichen aktuellen Meldungen zum Thema Rüstungsexporte. Noch mehr davon gibt es auf unserer Webseite in der Rubrik "[Neues](#)".

Mit herzlichen Grüßen

Anke Wollny und Otto Reger
Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

Saudi-Arabien: Regierung stoppt angeblich umstrittenen Rüstungsdeal

Medienberichten zufolge hat die deutsche Bundesregierung den geplanten Verkauf von rund 800 deutschen Kampfpanzern des Typs Leopard 2 im Wert von circa 18 Milliarden Euro nach Saudi-Arabien abgelehnt.

Bundesverfassungsgericht verhandelt über Informationspolitik bei Rüstungsexporten

Am 15. April wird sich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit der Information des Parlaments über Rüstungsexporte beschäftigen. Geklagt hatten Medienberichten zufolge die Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele, Claudia Roth und Katja Keul.

Hamburg: Senat bestätigt Fund von Rüstungslieferung nach Ägypten

Im Hamburger Hafen wurde laut Medienberichten im Herbst 2013 eine Lieferung aus Polen mit Panzerteilen und anderen Rüstungsgütern für das ägyptische Militär vom Zoll beschlagnahmt. Das bestätigte der Senat jetzt auf eine Anfrage der Grünen.

Rederei Hapag-Lloyd lehnt Waffenexporte ab

Laut einem Artikel des Hamburger Abendblatts weigert sich die Rederei Hapag-Lloyd, Rüstungsgüter in Krisenländer zu befördern. Weiter berichtet die Zeitung über die Diskussion darüber, ob es nicht besser wäre, Rüstungs- und Waffenexporte über den Hamburger Hafen grundsätzlich zu verbieten.

Ökumenisches Friedensschiff 2014: "Frieden schaffen statt Waffen - am Bodensee"

Am 28. Juni 2014 findet mit der Fahrt des Ökumenischen Friedensschiffs eine Aktion der besonderen Art gegen Rüstungsproduktion und -exporte vom Bodensee statt. Wer dabei sein möchte, kann sich noch bis zum 15. April 2014 anmelden.

Aktionstage gegen Rüstungsexporte von Rheinmetall in Düsseldorf und Berlin

Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall will zusammen mit Krauss Maffei-Wegmann Panzer in Krisengebiete exportieren. Anlässlich seiner Hauptversammlung finden daher in Düsseldorf und Berlin am 3. Mai und 6. Mai Protestaktionen statt.

Grüne von schwarz-roten Vereinbarung zu Rüstungsexporten enttäuscht

Die Grünen sehen in der geplanten Informationspolitik der Bundesregierung zum Thema Rüstungsexporte lediglich kosmetische Kleinstkorrekturen. An den Regeln der Rüstungsexportpraxis verändere sich praktisch nichts. Verlierer seien die Menschenrechte.

Linke: „Auch SPD knickt vor Rüstungslobby ein“

Kürzlich wurde ein Eckpunktepapier von SPD und CDU zu Rüstungsexporten bekannt. Die Links-Fraktion kritisiert die geplanten Änderungen, da sie nur einen Hauch von Transparenz und keinerlei Beschränkungen der Waffenexporte brächten.

2

Ostermärsche 2014: Friedensgruppen fordern unter anderem Rüstungsexportverbot

Vom 17. bis zum 21. April finden bundesweit zahlreiche Ostermärsche und -aktionen statt. Gefordert werden dabei unter anderem eine friedliche Lösung der Kriege in Mali und Syrien und ein Verbot von Rüstungsexporten.

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“

<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>

- Folgen Sie uns auf Twitter“

<https://twitter.com/AktionAufschrei>

- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>

- Eigene Veranstaltung planen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>

- Spenden

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>

- Newsletter direkt abonnieren:

<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>

- Newsletter per E-Mail abonnieren

newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte per E-Mail an:

info@aufschrei-waffenhandel.de